



IT-Planungsrat

Digitale Zukunft gestalten

Bericht zum IT-Planungsrat

206. Sitzung der IMK vom 12. bis 14. Juni 2017
in Dresden

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines.....	3
2	Sitzungen und Beschlüsse des IT-Planungsrats im Berichtszeitraum	4
2.1	Online-Sicherheitsprüfung (OSiP)	4
2.2	Secure Access to Federated e-Justice (SAFE).....	4
2.3	Portalverbund	5
2.4	Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrats.....	5
2.5	Digitalisierung des Asylverfahren	6
2.6	Geokodierungsdienst.....	6
2.7	Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches	7
2.8	Leitlinie Informationssicherheit und Meldeverfahren bei Sicherheitsvorfällen	8
2.9	Föderale IT-Kooperation (FITKO)	8
3	Ausblick.....	9

1 Allgemeines

Zum Jahreswechsel 2016/2017 hat turnusgemäß das Land Brandenburg den Vorsitz des IT-Planungsrats vom Bund übernommen.

Der IT-PLR hat seit der letzten Berichterstattung eine planmäßige Sitzung am 22. März 2017 am Rande der CeBIT in Hannover durchgeführt.

2 Sitzungen und Beschlüsse des IT-Planungsrats im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es eine planmäßige Sitzung, deren wesentliche Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.

2.1 Online-Sicherheitsprüfung (OSiP)

Der IT-PLR hat auf seiner 22. Sitzung am 22. März 2017 das bisherige Koordinierungsprojekt „OSiP“ in das Portfolio der Anwendungen des IT-Planungsrats überführt und wird dieses fortan dauerhaft betreiben und weiterentwickeln. „OSiP“ stellt Bund und Ländern – zur freiwilligen Nutzung – einen Quasi-Standard für Personensicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen zur Verfügung. Derzeit unterstützt OSiP Personensicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen insbesondere in den folgenden Anwendungsbereichen: Luft- und Hafensicherheit, Einbürgerung, Atomrecht, Militärischer Abschirmdienst, Aufenthalt, Waffensicherheit, anlassbezogene Überprüfung (z. B. Akkreditierung) sowie Sicherheitsüberprüfung (SÜG).

Als Federführer des Projektes hat sich das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen am EU-Award "Sharing and reuse" der Europäischen Kommission beteiligt. Als einziges Projekt aus Deutschland hat OSiP es in die Finalrunde geschafft und dabei den dritten Platz in der "National category" erhalten.

2.2 Secure Access to Federated e-Justice (SAFE)

Das Softwaresystem „SAFE“ wurde unter Federführung des Landes Baden-Württemberg erstellt. „SAFE“ verfolgt das Ziel, bei Anmeldevorgängen für E-Justice- und E-Government-Anwendungen sichere elektronische Identitäten – mittels Authentifizierung und Autorisierung – zu gewährleisten. Mit Beschluss des IT-PLR vom 22. März 2017 wird SAFE, das sich bereits im Echtzeitbetrieb befindet, fortan als Anwendung des IT-PLR geführt. Eine Nutzung durch Bund und Länder erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Finanzierung des Dienstes wird durch alle Landesjustizverwaltungen und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sichergestellt.

2.3 Portalverbund

Bund und Länder wollen gemeinsam mit den Kommunen die intelligente Verknüpfung ihrer Verwaltungsserviceportale im Rahmen des am 13. Oktober 2016 beschlossenen Koordinierungsprojekts des IT-Planungsrats weiter voranbringen und das Angebot von Online-Dienstleistungen der Verwaltung zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen ausbauen und attraktiver gestalten. Im nächsten Schritt wird derzeit ein Architekturkonzept erarbeitet, auf Basis dessen die weiteren Maßnahmen abgestimmt werden können.

Ziel des Portalverbundes ist es, in Deutschland künftig jede Verwaltungsdienstleistung einfach und schnell online erreichbar zu machen, unabhängig davon, über welches Portal Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen die Dienstleistungen aufrufen bzw. sich identifiziert haben. Zur einfacheren Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen sollen außerdem Bürger- und Unternehmenskonten auf Bundes- und Landesebene angeboten werden.

2.4 Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrats

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche hat die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern am 14. Oktober 2016 beschlossen, die Bereitstellung von onlinefähigen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung zu forcieren. Zur Beförderung dieser Ziele hat der IT-PLR in seiner vergangenen Sitzung am 22. März 2017 die Einrichtung des Koordinierungsprojektes „Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats“ unter Federführung des Bundes und Co-Federführung des Freistaates Bayern beschlossen. Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms werden bis 2018 beispielhaft je drei konkrete Anliegen mit hoher Relevanz für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen umgesetzt. Für jedes Anliegen wird eine bestehende Lösung in die föderale IT-Infrastruktur eingebettet, d. h. sie ist über einen alle Ebenen umfassenden Portalverbund zugänglich, nutzt vorhandene Basiskomponenten und unterstützt standardisierte Schnittstellen. Die digitalisierten Anliegen werden nach 2018 vom IT-PLR für den flächendeckenden Einsatz empfohlen. Gemäß einer ersten Auswahl von Bund, Ländern und Kommunen werden aktuell folgende Anliegen auf den Weg gebracht:

Primär zugunsten von Bürgerinnen und Bürger:

- Einwohnerwesen / Meldewesen / Passwesen;
- Verzicht auf Geburtsurkunden bei der Anmeldung von Kind u. Kindergeld;
- Elterngeldantrag Online.

Primär zugunsten von Unternehmen:

- i-KFZ;
- Gewerbemeldung;
- E-Rechnung.

2.5 Digitalisierung des Asylverfahren

Auf der 22. Sitzung des IT-PLR am 22. März 2017 wurde durch den Bund ein Sachstandsbericht zur „Digitalisierung des Asylverfahrens“ eingereicht. Der Sachstandsbericht verzeichnet die erfolgreiche Umsetzung folgender Meilensteine:

- Einführung eines integrierten Identitätsmanagements;
- Nachregistrierung der im Land befindlichen Asylsuchenden, die noch nicht in das förmliche Asylverfahren eintreten konnten;
- Stärkere Vernetzung des Kerndatensystems mit den Landes- und Kommunalbehörden.

Damit steht eine flächendeckende Infrastruktur zur frühzeitigen, einheitlichen Registrierung von Schutzsuchenden zur Verfügung. Darüber hinaus hat der IT-PLR beschlossen, dass der Bund auf den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens des vom BMI erarbeitete „Datenaustauschverbesserungsfortentwicklungsgesetz“ in dieser Legislaturperiode hinwirkt.

2.6 Geokodierungsdienst

Der IT-PLR wurde von den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder (CdS) beauftragt, die Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes im föderalen Kontext aktiv zu begleiten und insbesondere Vorschläge für geeignete Umsetzungsprojekte im

föderalen Kontext zu unterbreiten. In der 22. Sitzung des IT-PLR am 22. März 2017 wurde hierfür durch das Lenkungsgremium Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE), unter Vorsitz des Landes Brandenburg, die verpflichtende Nutzung des beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie“ betriebenen „Geokodierungsdienstes“ beschlossen. Eine verpflichtende Nutzung des „Geokodierungsdienstes“ ergibt sich, soweit keine länderspezifischen Geokodierungsdienste mit höherer Aktualität oder erweitertem Datenmodell bereits eingesetzt werden.

2.7 Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches

In seiner 22. Sitzung am 22. März 2017 begrüßte der IT-PLR den Ausbau der engeren Zusammenarbeit mit dem E-Justice-Rat. Bis zur 24. Sitzung des IT-PLR am 05. Oktober 2017 werden, unter Einbeziehung der Fachministerkonferenzen, nachfolgende Prüfaufträge geklärt:

- Der IT-Planungsrat bittet das Bundesministerium des Innern unter Einbeziehung der Fachministerkonferenzen zu prüfen, ob das besondere elektronische Anwaltspostfach auch bei der Kommunikation mit den Behörden sinnvoll eingesetzt werden könne, um eine durchgängige medienbruchfreie elektronische Kommunikation zwischen Anwaltschaft, Verwaltung und Gerichten zu ermöglichen.
- Der IT-Planungsrat bittet das Bundesministerium des Innern, zu prüfen, ob Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie daraus resultierende Folgeänderungen in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen notwendig sind und diese ggfs. auf den Weg zu bringen.
- Der IT-Planungsrat bittet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, zu prüfen, ob Änderungen der Zivil- und Verwaltungsprozessordnung sowie daraus resultierende Folgeänderungen in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen notwendig sind, und diese ggfs. auf den Weg zu bringen.

2.8 Leitlinie Informationssicherheit und Meldeverfahren bei Sicherheitsvorfällen

Der IT-PLR hat den Bericht der Arbeitsgruppe Informationssicherheit (AG InfoSic) auf seiner 22. Sitzung am 22. März 2017 in Hannover zur Kenntnis genommen. Die Mitglieder des IT-PLR wurden gebeten, ausreichend Ressourcen für die mit der Umsetzung der Leitlinie für Informationssicherheit verbundenen Aufgaben dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig hat der IT-PLR die Eckpunkte der AG InfoSic zum geplanten Meldeverfahren bei Cyberangriffen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die AG InfoSic wird dem IT-PLR hierfür zur 24. Sitzung des IT-PLR am 05. Oktober 2017 einen Entwurf für einen „Metadatenstandard“ (Arbeitstitel) auf Basis der abgestimmten Eckpunkte erarbeiten und vorlegen. Bis zur 23. Sitzung IT-PLR am 22. Juni 2017 wird die AG InfoSic zudem die bestehenden Systeme bei Bund und Länder, mit Hilfe derer Erkenntnisse über sicherheitslagenautomatisiert gewonnen werden können, vertieft prüfen, um daraus Empfehlungen zur Nutzung dieser Systeme abzuleiten.

2.9 Föderale IT-Kooperation (FITKO)

Der IT-Planungsrat hat sich in seiner 19. Sitzung am 16. März 2016 dafür ausgesprochen, der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) einen neuen Rahmen zu geben und hierfür eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) in gemeinsamer Trägerschaft aller Länder und des Bundes mit Sitz in Frankfurt am Main zu errichten.

Eine für den 17. November 2016 vorgesehene Befassung der Besprechung der Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramts mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder (ChefBK/CdSK) sowie eine Befassung der Länder-CdSK mit FITKO im Rahmen ihrer Sitzung am 16. Februar 2017 wurden vertagt.

Um die Arbeiten zur Schaffung der geplanten gemeinsamen Einrichtung FITKO voranzubringen, beginnt das Land Hessen mit ersten konzeptionellen Vorarbeiten, die jedoch keine Vorfestlegungen mit Auswirkungen auf die Entscheidung der Besprechung ChefBK/CdSK oder des IT-PLR haben werden.

3 Ausblick

Die nächsten Sitzungen des IT-PLR sind für den 22. Juni und 05. Oktober 2017 geplant.